

nierentechniken zu erreichen. Dies gilt ebenso für den Einbezug dieser Domänen in die Lehre.

Trotz zum Teil hervorragender Einzelleistungen ist die Umsetzung in die Wirtschaftspraxis auch durch die nur schwache Entwicklung des Marktes für Risikokapital erschwert worden. Dies trifft insbesondere für Anwendungsgebiete zu, die in der schweizerischen Wirtschaftsstruktur noch nicht stark verbreitet und verankert sind.

Mit dem Forschungsgesetz besteht nun eine Rechtsgrundlage für eine bessere Abstimmung insbesondere zwischen der wissenschaftlich motivierten Forschung und der ingenieurtechnischen sowie der wirtschaftlich motivierten Forschung und Entwicklung. Diese Zielsetzung wird aber kaum nur durch die Umlagerung von Mitteln und von Personal insbesondere in den Ingenieurschulen und in den technischen sowie den kantonalen Hochschulen zu erreichen sein. Solange darüber kein ausreichender auch politischer Konsens besteht, werden zwischen Zielsetzungen und Mitteln weiterhin Disproportionen bestehen.

f. Zugang zu den Ergebnissen staatlich geförderter Forschungen: Es werden bereits grosse, in diese Richtung zielende Anstrengungen unternommen. Dies gilt insbesondere für die anwendungsorientierte Forschung. Bei Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, welche aus Mitteln des Bundesamtes für Konjunkturfürfragen mitfinanziert werden, erfolgen die Verbreitung und Auswertung der Ergebnisse durch jene Wirtschaftskreise, die sich zur Mitarbeit und zur hälftigen Übernahme der Kosten verpflichtet haben. Die Forschungsberichte sind, soweit keine Geheimhaltungsklausel vereinbart wurde (z. B. vor Patentanmeldung), nach Ablauf einer gewissen Frist allgemein zugänglich. Häufig erfolgt die Publikation auch in Form von Aufsätzen in Fachzeitschriften oder von Dissertationen. Daneben werden die Ergebnisse auch an Seminaren, Symposien oder Informationstagen weitergegeben. Zudem erhalten Unternehmen Informationen über eingespielte und bewährte industrienahe Kanäle wie Branchenforschungskommissionen (z. B. Textil- und Bekleidungsindustrie, Nahrungsmittelindustrie), Förderungsgesellschaften (z. B. Werkzeugmaschinenbau) oder über Fachvereinigungen.

Zur Diffusion der Ergebnisse trägt wesentlich auch die Zusammenarbeit mit kantonalen Innovationsberatungsstellen und jener Minderheit von Handelskammern bei, die Kontakte zu Forschungsstätten vermitteln. Aus diesem Grund hat der Bundesrat im Rahmen der Massnahmen zur Stärkung der mittel- und langfristigen Anpassungsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft eine Förderung von Innovationsberatungsstellen in wirtschaftlich bedrohten Regionen auf kantonaler und regionaler Ebene vorgeschlagen. Der enge Kontakt dieser Stellen mit der klein- und mittelbetrieblichen Wirtschaft ihres Kantons oder ihrer Region kann dazu beitragen, dass die Forschungskapazitäten und Forschungsergebnisse von Universitäten und Hochschulen auch von jenen Unternehmen genutzt werden, die bisher keinen Zugang dazu gefunden haben.

Für eine Verbreitung der Ergebnisse tragen auf Bundesseite ferner die an beiden technischen Hochschulen zur Verfügung stehenden Kontaktstellen bei.

Dieser weitgefächerte Informationsfluss gewährleistet eine breite Streuung der Forschungsergebnisse, zumal für jene Unternehmen, die tatsächlich daran interessiert sind. Der Bundesrat ist der Meinung, der berechtigten Forderung der Motion sei schon weitgehend entsprochen worden.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Überwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

82.427

Motion (Rätz)-Basler

Index der Konsumentenpreise.

Neue Berechnung

Indice des prix à la consommation.

Nouveau mode de calcul

Wortlaut der Motion vom 17. Juni 1982

Der Bundesrat wird beauftragt, das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) zu veranlassen, den Indexwarenkorb in zwei Gruppen aufzuteilen und getrennt zu berechnen:

- Gruppe Zwangsbedarf, der die normal üblichen Güter des täglichen Bedarfs aufweist (Grundnahrungsmittel, Bekleidung, Miete usw.).
- Gruppe Wunschbedarf (Wahlbedarf), der die nicht dem Lebensbedarf dienenden Warengruppen einschliesst (Genuss- und Luxusartikel wie Tabak, alkoholische Getränke, Kosmetika usw.).

Die neue Strukturierung des Indexes ist dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen.

Texte de la motion du 17 juin 1982

Le Conseil fédéral est chargé de demander à l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail de partager en deux groupes le panier-type de biens et services et d'en calculer séparément l'indice des prix:

- Groupe des marchandises et services indispensables qui comprendra les biens courants destinés à couvrir les besoins quotidiens normaux (alimentation de base, habillement, loyer, etc.).
- Groupe des marchandises et services facultatifs qui ne comprendra pas les marchandises servant à couvrir les besoins vitaux (denrées et articles de luxe, tels que tabac, boissons alcooliques, produits de beauté).

La nouvelle structure de l'indice des prix devra être soumise à l'approbation du parlement.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann-Bern, Aregger, Augsburger, Basler, Blocher, Bühler-Tschappina, Bürer-Walenstadt, Columberg, (Dürr), Eisenring, Fischer-Weinfelden, Flubacher, Frei-Romanshorn, Geissbühler, Graf, Hari, Hofmann, Hösli, Houmard, (Jost), Jung, (Kaufmann), Kühne, Landolt, Martignoni, (Messmer), Müller-Scharnachtal, Nebiker, Nef, Nussbaumer, Oehen, Oehler, Ogi, Reichling, Risi-Schwyz, (Roth), Röthlin, Rutishauser, Rüttimann, Schnyder-Bern, Schüle, Schwarz, (Teuscher), Thévoz, Vetsch, (Zwygart) 46)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Landesindex der Konsumentenpreise ist zurzeit als Folge der erwiesenen methodisch-systematischen Fehlerechnung Gegenstand breiter Diskussionen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die für die Berechnung einbezogenen Warengruppen Gebrauchsgüter enthalten, die nicht zum normalen täglichen Lebensbedarf gehören.

Der schlimmste Ausgabenmechanismus von heute ist der Index. Die Bundesfinanzen und die leere Bundeskasse sind Zeugen davon.

Die gesamte Wirtschaft kommt in ihrem Konkurrenzkampf zunehmend in grössere Schwierigkeiten (Betriebschliessungen, Betriebsverlegungen ins Ausland, Kurzarbeit, Arbeitsplatzverluste).

Das Berechnungssystem führte und führt zu hohen Teuerungsraten und zu überhöhten Auszahlungen. Beim Teuerungsausgleich müsste die Gruppe Wunschbedarf (Wahlbedarf) wesentlich schwächer gewichtet werden. Es ist eindeutig und klar erwiesen, dass durch diesen Berechnungsmodus mit dem längst fragwürdigen Warenkorb unsere öffentli-

chen und privaten Unternehmen viel zu stark belastet werden. Dieser Indexmechanismus wirkt zudem inflationsfördernd. Die sozial Schwächeren, die nicht über ein indexiertes Einkommen verfügen, leiden am stärksten darunter. Das alles muss und kann nun bei dieser Gelegenheit korrigiert werden.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates
Rapport écrit du Conseil fédéral*

Die Motion nimmt Forderungen auf, die bei einer Totalrevision des Landesindex der Konsumentenpreise ohnehin zu prüfen sind. Sie sollen deshalb im Rahmen der 5. Totalrevision des Landesindexes in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre geprüft werden.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates
Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Überwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

83.562

**Motion (Crevoisier)-Carobbio
Lokale Rundfunkversuche. Förderung
Essais de radio locale. Encouragement**

Wortlaut der Motion vom 20. September 1983

Der Bundesrat wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen für die lokalen Rundfunkversuche zu ergänzen. Es geht namentlich darum, rechtliche und finanzielle Massnahmen einzuführen, die es den Rundfunkstationen, die schwach bevölkerte Gebiete bedienen, ermöglichen sollen, ihre Projekte zu verwirklichen, ohne durch ökonomische Gründe daran behindert zu sein.

Für folgende Punkte müsste in diesem Rahmen eine zweckmässige Regelung getroffen werden:

- Urheberrechte,
- Gebühr für die Benutzung der PTT-Einrichtungen,
- die Gebühr, die die SRG für die Wiederausstrahlung ihrer eigenen Sendungen verlangt.

Die Versuche, die ab November zu laufen beginnen, sollen die Vielfalt der Situationen und Probleme zeigen, die sich in den verschiedenen Landesregionen ergeben (deutsche Schweiz, welsche Schweiz, städtische Gebiete, ländliche Gebiete usw.). Man sollte somit nicht auf indirekte Weise die Versuche so einschränken, dass sie nur für die reichen Stationen möglich sind.

Texte de la motion du 20 septembre 1983

Le Conseil fédéral est invité à compléter les bases légales autorisant des essais de radio locale. Il convient d'introduire en particulier des mesures légales et financières permettant aux organismes diffusant sur des territoires à densité démographique relativement faible de concrétiser leurs projets sans en être empêchés pour des raisons économiques. Les points suivants devraient, dans ce cadre, être réglés de façon appropriée:

- les droits d'auteurs,
- la contribution d'usage des installations des PTT,
- la taxe exigée par la SSR pour la rediffusion de ses propres émissions.

Les essais qui vont être engagés dès le 1^{er} novembre 1983, doivent pouvoir rendre compte de la diversité des situations et des problèmes rencontrés dans les différentes régions de Suisse (Suisse alémanique – Suisse latine, régions urbaines

– régions rurales, etc.). Il ne faut en conséquence pas restreindre indirectement le nombre d'expériences aux seules radios locales «riches».

Mitunterzeichner – Cosignataires: Borel, Carobbio, (Forel), (Magnin), Pitteloud, Vannay (6)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

L'auteur renonce au développement et demande une réponse écrite.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates
Rapport écrit du Conseil fédéral*

Le Conseil fédéral tient à ce que les essais de radiodiffusion locale, aussi variés que possible, aient lieu non seulement dans les grands centres urbains, mais aussi dans les régions de montagne et les zones périphériques défavorisées par l'offre des médias. C'est pourquoi l'ordonnance sur les essais en question prévoit que la desserte de telles contrées peut dépasser la limite de vingt kilomètres prescrite normalement. En raison de circonstances particulières telles qu'une faible base économique, certaines personnes ont en outre demandé que les programmes diffusés dans ce cadre particulier comprennent une part moins importante de propres productions. Le Conseil fédéral en a tenu compte lorsqu'il a préparé la phase des essais et accordé les diverses autorisations. Cette phase doit en effet permettre de recueillir des expériences sur les conditions de travail et les possibilités des diffuseurs exerçant leur activité hors des centres urbains, pour pouvoir ensuite insérer des conditions types dans une future loi sur la radio et la télévision.

La motion exige que des mesures juridiques et financières soient prises dès le début pour améliorer l'assise économique des diffuseurs desservant les zones à faible densité de population. Elle propose non seulement de les compléter et de créer des réglementations particulières dans le domaine des droits d'auteur, mais encore de restituer les frais et les taxes d'utilisation des installations des PTT ainsi que d'indemniser la SSR pour la retransmission de ses programmes par les émetteurs locaux.

Quant aux droits d'auteur, la motion demande que les diffuseurs actifs dans les zones faiblement peuplées puissent bénéficier de certains allègements. Toutefois, la modification du droit de la propriété et de la personnalité en matière de biens immatériels entraînerait une révision de la loi sur les droits d'auteur ainsi que des textes législatifs qui en découlent; il pourrait en résulter des inégalités et d'autres demandes analogues.

De telles modifications législatives ne pourraient que difficilement être réalisées en temps utile. Le Conseil fédéral espère justement que les essais de radiodiffusion locale relanceront la vie culturelle à l'échelon régional et accorderont une importance accrue aux créateurs du lieu, qui n'ont pu être pris en considération jusqu'à présent. Ceux-ci doivent-ils être défavorisés par rapport aux personnes œuvrant dans d'autres régions? Ils sont précisément les plus négligés et travaillent souvent dans des conditions difficiles. Il serait également difficile de délimiter le cercle des diffuseurs qui auraient droit à des réductions. Le gouvernement estime que l'on ne saurait promouvoir les régions économiquement défavorisées en modifiant les droits d'auteur. De plus, notre pays est lié par des accords internationaux.

La perception et la restitution des taxes d'utilisation des installations des PTT ou des droits régaliens de cette entreprise font déjà l'objet de réglementations correspondant aux objectifs de la motion. C'est ainsi que les PTT perçoivent des taxes fortement réduites pour l'infrastructure technique utilisée par les diffuseurs locaux. Outre les taxes pour les lignes téléphoniques et les droits régaliens, ce sont surtout les coûts d'acquisition et d'installation des équipements de radiophonie qui pèsent lourd dans la balance. Les PTT doivent, en effet, acheter des équipements spéciaux, adaptés aux besoins des radios locales. A titre d'aide initiale, les PTT n'exigent cependant pas que les diffuseurs s'acquittent des taxes effectives; ils appliquent un tarif échelonné

Motion (Räz)-Basler Index der Konsumentenpreise. Neue Berechnung

Motion (Räz)-Basler Indice des prix à la consommation. Nouveau mode de calcul

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1984
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	82.427
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.03.1984 - 08:00
Date	
Data	
Seite	423-424
Page	
Pagina	
Ref. No	20 012 329

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.